

Holger Böning: *Dreißigjähriger Krieg und Öffentlichkeit. Zeitungsberichte als Rohfassung der Geschichtsschreibung*. Bremen: edition lumière 2018 (Presse und Geschichte – Neue Beiträge 126). 438 S.

Mit Erstaunen nimmt der Leser zur Kenntnis, dass die bisherigen und durchaus nicht unbedeutenden Darstellungen des Dreißigjährigen Krieges fast ausnahmslos auf Zeitungen als Quellen verzichtet haben, weil die gängige Vorstellung geheimer Kabinettspolitik an den europäischen Höfen im Widerspruch zur publizistischen Öffentlichkeit steht. Letztere wurde darum auch als irrelevant oder angeblich parteiisch abgetan und vernachlässigt. Dem steht die rasante Entwicklung der zunächst handschriftlich vielfältigen „Fugger-Zeitungen“ zu Druckerzeugnissen gegenüber, die zu Beginn des 17. Jahrhunderts von zwei in Straßburg und Wolfenbüttel erscheinenden Blättern im Verlauf des Krieges zu einem flächendeckend im ganzen Reich verbreiteten Zeitungswesen mit entsprechenden Netzwerken von Korrespondenten und Abnehmern prosperierte, nicht zuletzt aus der Notwendigkeit heraus, als mittelbar oder unmittelbar vom Krieg Bedrohter bzw. Betroffener zeitnah über die Wechselfälle des militärischen und politischen Geschehens informiert sein zu müssen.

Vollends ins Wanken gerät die bisherige Sicht der Dinge, wenn die von den Historikern aus den Archiven eruierten „Arkana“ der Geheimdiplomatie teilweise schon geraume Zeit vor ihrer Umsetzung von den Dächern der Druckereien gepfiffen wurden. Hinzu kommen Lebendigkeit, Allgemeinverständlichkeit und Detailreichtum von Korrespondenznachrichten aus erster Hand, welche von den Redakteuren im ungefilterten Originalton – d. h. ohne wertende, ergänzende und manipulative Eingriffe – an den Leser weitergegeben wurden und sich dadurch von der Kriegspropaganda späterer Zeit unterscheiden. Insofern spricht Böning zu Recht von einer „Rohfassung der Geschichtsschreibung“. Diese Quellen bieten schon für den zehnjährigen Vorlauf zum keineswegs „ausgebrochenen“, sondern ebenso vorsätzlich wie zielstrebig geplanten und dann konsequent entfesselten Großen Krieg ein anderes Bild als die bisherige Geschichtsschreibung. Das gilt ebenfalls für seinen Verlauf bis zur Schlacht am Weißen Berge mit ihren Folgen. So steht vor allem der Zeitraum von 1609 bis 1620 im Mittelpunkt von Bönings Untersuchung.

Deutlich wird der Verfassungskonflikt um das böhmische Wahlkönigtum mit seinen Dependancen in Schlesien und der Lausitz, deren Rechte – u. a. das der freien öffentlichen Religionsausübung für die

mehrheitlich protestantischen Stände – bereits die Habsburger Kaiser Rudolf II. und Matthias 1609 nach langem Hin und Her zu beschwören hatten. Auch deren Nachfolger Ferdinand II. war 1617 bei seiner Krönung zum König von Böhmen gehalten, diese ihm höchst missliebige „Joyeuse Entrée“ zu beschwören, zumal er sich auch zum Deutschen Kaiser küren lassen wollte. Der Majestätsbrief mit seinen Rechtsgarantien stand nicht nur der gegenreformatorischen Politik des Wiener Hofes, sondern vor allem den absolutistischen Bestrebungen einer habsburgischen Erbmonarchie entgegen. Militärische Feldversuche für eine gewaltsame Verfassungsrevision in Böhmen wurden 1609 sowohl im Kleinen bei der willkürlichen „Reichsexekution“ gegen die bis dahin freie protestantische Reichsstadt Donauwörth durch bayrische Truppen als auch beim Jülich-Klevischen Erbfolgestreit im spanisch-niederländischen Konfliktfeld auf internationaler Ebene erprobt; so verstand es jedenfalls die zeitgenössische Berichterstattung. Spätestens 1619 erfuhr der Leser von der Absicht, den Kopf der protestantischen Union, Friedrich von der Pfalz, mit seinen Ambitionen um die böhmische Krone ins offene Messer laufen zu lassen und seine Kurwürde an seinen katholischen Vetter in Bayern als Preis für militärische Hilfe zu übertragen.

Der Prager Fenstersturz und die Annahme der Wenzelskrone durch den Kurfürsten Friedrich IV. von der Pfalz erscheinen in der Presse als Reaktion auf den mit systematischer Drangsalierung und Entrechtung der Protestanten betriebenen Verfassungsbruch Habsburgs. Der Abfall der Niederlande und das Exempel der Schweiz boten für die böhmischen Stände erfolgreiche Beispiele einer konstitutionellen Staatsgründung. Der nach zeitgenössischer Berichterstattung zu erwartende Beistand des englischen Königs, immerhin Schwiegervater des Pfälzers, der Niederlande und der Protestanten im Reich spielte bei der Abwahl Ferdinands und für die Thronambitionen des pfälzischen Kurfürsten ebenfalls eine wichtige Rolle. Dass die finanzielle und militärische Unterstützung Englands so gut wie ausblieb und die der Niederländer nur ein Zehntel dessen betrug, was die spanischen Habsburger für ihre österreichischen Vettern zu investieren bereit waren, ließ sich 1618 noch nicht absehen.

Neben der mangelnden Unterstützung durch die protestantischen Bündnispartner hatte vor allem die Uneinigkeit der böhmischen Stände ein effektives Zusammenwirken von Adel, Bürgertum und Landbevölkerung verhindert und damit die desaströse Niederlage am Weißen Berg sowohl militärisch wie logistisch provoziert. Der Kurfürst von Sachsen – zunächst von den böhmischen Ständen als Wunschkandidat

für die Wenzelskrone favorisiert – nutzte gar die Gunst der Stunde, um die Lausitz mit kaiserlichem Einverständnis zu annektieren. Auf der anderen Seite brachte die zelotische Bilderstürmerei der Pfälzer Calvinisten in Prag sowohl die katholische als auch große Teile der protestantischen Bevölkerung gegen den „Winterkönig“ auf.

Vor allem aber dokumentieren die Zeitungen im Gegensatz zur späteren Historiographie die erbitterte und zermürbende Brutalität des Krieges in seiner Frühphase, vornehmlich auf Seiten der Habsburger:

In den Jahren 1619 und 1620 wurde jedes Angebot zur friedlichen Konfliktlösung von der Kriegsführung kaiserlicher Truppen in Böhmen konterkariert. Bis zur Schlacht am Weißen Berg hatte der Krieg bereits viele zehntausend Opfer gefordert, über die der Zeitungsleser eingehend informiert wird. Als wesentliches Element dieses Krieges war ein sofort zu erkennender Prozess der Internationalisierung des Konflikts ein zentraler Punkt der Berichterstattung, so dass sich dem Zeitungsleser wenig Anlass zu Hoffnungen auf einen schnell zu erlangenden Frieden bot. (S. 412)

Wiener Zeitungen berichten, dass der systematische Terror und die Politik der verbrannten Erde durch kaiserliche „Feldherren“ wie Tilly lange vor der Eroberung an Magdeburg und längst nicht nur an den protestantischen Kriegsgegnern, sondern auch an der eigenen Zivilbevölkerung ausgeübt wurde. Der verheerende Kriegsalltag mit den sattem bekannten logistischen Problemen sowie den immensen materiellen, medizinischen und moralischen Folgen für Truppen und Zivilbevölkerung, für Kriegsgewinner und Verlierer, für Profiteure und Opfer ist von Anfang an präsent. Der Grundsatz, dass der Krieg den Krieg zu ernähren habe, ist keine Erfindung Wallensteins, sondern fand schon bei „Kriegsunternehmern“ wie Mansfeld und kaiserlichen Obristen wie Dampierre Anwendung.

Bönings Quellenerschließung von Zeitungsberichten bietet ein mindestens ebenso zuverlässiges, detailliertes und abwechslungsreiches Panorama der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wie die Romane von Grimmelshausen oder die Stiche von Jan Luykens und Jacques Callot; mehr noch: Sie verändert die bisherige Geschichtsschreibung aus der Sicht des immer siegreichen Nachhineins und der Apologetik des Faktischen. Der „Glaubenskrieg“ für die „katholische Religion“ erweist sich als integraler Bestandteil imperialer Befriedungspolitik jenseits vom Christentum und seinem Stifter.

Frank Stückemann (Bielefeld)